

Berlin, 18.1.2020

Liebe Betroffene des rassistischen Brandanschlags in Lübeck,
liebe Hafenstraße96 Initiative,

wir senden euch heute, am Jahrestag des mörderischen Brandanschlags auf die Bewohner*innen der Lübecker Hafenstraße 52, von der Mitgliederversammlung des Mietshäuser Syndikats unsere solidarischen Grüße.

In Gedanken sind wir bei euch. Wir gedenken, damit niemand vergessen wird, und wir klagen an. Denn die Täter des folgenschwersten rassistischen Brandanschlags in der Geschichte sind bis heute nicht angeklagt worden.

Feuer als terroristisches Tatwerkzeug hat eine lange, schreckliche Tradition, der wir uns entschlossen entgegenstellen.

Dabei ist uns bewusst, dass die Systematik dieses Terrors oft über die Grausamkeit der Brandlegungen hinausgeht, indem die rassistisch und nazistisch motivierten Täter geschützt und so zu weiteren menschenverachtenden Verbrechen ermutigt werden. Die Opfer werden hierzu mit erschreckender Regelmäßigkeit zu vermeintlichen Täter*innen konstruiert und kriminalisiert.

In den letzten Jahren kam es zu mehreren Brandanschlägen auf linke, alternative Zentren und Wohnprojekte des Mietshäuser Syndikats. Es ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, dass dabei niemand schwer verletzt oder zu Tode gekommen ist. Auch hier gingen die Ermittlungsbehörden Hinweisen nicht nach, informierte Betroffene nicht und nahmen den Hauptverdächtigen mit extrem rechten Einstellungen lange nicht fest. Durch eigene Recherchen konnte er bei einem Brandanschlag gestellt und nachgewiesen werden, dass er versuchte, Dutzende Mietshäuser-Syndikats-Projekte existenziell zu schädigen. Die Behörden wollten keine Zusammenhänge feststellen und keine Brandserie zur Kenntnis nehmen, keinen extrem rechten Hintergrund erkennen.

Einzelnen betrachtet stellen die Ereignisse eine konkrete Bedrohung für die Unversehrtheit und das Leben der jeweils Betroffenen dar. In der Summe stehen sie in einem eindeutigen Zusammenhang und zeigen das Bild einer nach rechts rückenden Gesellschaft. Die Drohungen und Gewalttaten richten sich damit gegen alle Menschen und Initiativen, die sich kritisch äußern, öffentlich Stellung beziehen und alternative Lebensweisen praktizieren.

Rechter Terror, rechte Netzwerke und Angriffe von Einzelnen – Rassismus und rechte Hetze sind und bleiben ein gesellschaftliches Problem, dem wir entschieden entgentreten! In diesem Sinne solidarisieren wir uns mit allen Betroffenen von rechter Gewalt und Politik!

Wir werden nicht wegschauen und schweigen! Gemeint sind wir alle, unsere Antwort darauf ist community-übergreifende Solidarität!